

**In dieser Ausgabe:****TOPTHEMA**

- ▶ Gemeinsame Initiative für eine friedliche Entwaffnung des Irak 1

**FINANZEN**

- ▶ Stärkung des Anlegerschutzes 2
- ▶ Spürbare Besserung 3

**SOZIALES**

- ▶ Gewerkschaften signalisieren Bereitschaft zu Gesprächen 3
- ▶ Grundfesten des Kündigungsschutzes stehen außer Frage 4
- ▶ Regierungserklärung zur 4
- ▶ Lage der Nation am 14. März 4

**INNERES**

- ▶ Bürokratie abbauen – Minimalsteuer für Gründer 4
- ▶ Bundeswehr neu ausrichten 5
- ▶ Keine Relativierung des Folterverbots 5
- ▶ Staatsvertrag mit dem 6
- ▶ Zentralrat der Juden 6

**BILDUNG**

- ▶ Fruchtlöse Kleinstaaterei 6

**GESUNDHEIT**

- ▶ Sachverständige: Solidarprinzip im Gesundheitssystem bleibt 6

**VERKEHR**

- ▶ Lkw-Maut kommt 7

**BUNDESTAG**

- ▶ Perspektive für Landwirte und Verbraucher 7

**FRAKTION**

- ▶ Verhalten der CDU: destruktiv und unverantwortlich 8

**TERMINE****TOPTHEMA****IRAK-KONFLIKT****Gemeinsame Initiative für eine friedliche Entwaffnung des Irak**

**Deutschland, Frankreich und Russland haben sich gegen eine erneute Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrats ausgesprochen. Statt dessen legten sie ein gemeinsames Memorandum für die friedliche Entwaffnung des Irak vor. Auch China unterstützt diese Position. Unterdessen brachten die USA, Großbritannien und Spanien einen Resolutionsentwurf ein, in dem es heißt, der Irak habe die letzte Gelegenheit zur Abrüstung verpasst.**

In der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am Donnerstag wurde das weitere Vorgehen diskutiert. Die Mitgliedsstaaten konnten keine Einigung über den weiteren Verlauf der Inspektionen erzielen.

- ▶ USA, Großbritannien und Spanien wollen den Inspektoren nur noch bis Mitte März Zeit geben.
- ▶ Die Verfechter einer friedlichen Lösung, vor allem Frankreich, Russland und Deutschland, verweisen darauf, dass die UN-Resolution 1284 vom November 1999 für die Inspektionen längere Zeiträume vorgesehen habe. Zudem sieht auch die im Dezember 2002 einstimmig angenommene Resolution 1441 für die Arbeit der Inspektoren kein Enddatum vor.

Es gebe keinen Anlass, von der gemeinsamen Position abzuweichen, betonte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei Treffen mit Frankreichs Präsident Chirac und Russlands Präsident Putin in dieser Woche.

„Es ist möglich - und wir werden alles daran setzen -, zu einer friedlichen Entwaffnung des Irak zu kommen.“ Schröder betonte: „Bagdad muss die Fortsetzung der Inspektionen ohne weiteren Zeitverzug gestatten und alle Bedingungen erfüllen.“

**Irak stimmt Raketenzerstörung „im Prinzip“ zu**

Der Irak hat am Donnerstag der Zerstörung seiner Raketen vom Typ Al Samoud 2 „im Prinzip“ zugestimmt. Damit würde das Regime in Bagdad eine Hauptforderung der UN-Waffeninspektoren erfüllen. Einzelheiten der Vernichtung aller Raketen mit einer höheren als der erlaubten Reichweite von 150 Kilometern werden derzeit verhandelt. Das bestätigte die Irak-Inspektionskommission UNMOVIC. In UN-Expertenkreisen rechnet man damit, dass die Vernichtung am Wochenende beginnen wird.

Für die USA ist die irakische Entscheidung bedeutungslos. Präsident George W. Bush hatte zuvor bereits klar gemacht, dass eine Zerstörung der Raketen keinen Unter-

schied mache. Er nannte sie die „Spitze des Eisbergs“. Der Irak müsse vollständig abrüsten.

### **Chefinspekteur Hans Blix' Urteil bleibt gespalten**

UN-Chefinspekteur Hans Blix bleibt in seinem Urteil über Irak gespalten. Es gebe immer noch keine „grundsätzliche Entscheidung“ zur Abrüstung in Irak, sagte er. Andererseits bescheinigte er der Führung in Bagdad aber Fortschritte in der Zusammenarbeit. „Ist das die richtige Zeit, um die Tür zuzuschlagen?“ fragte Blix.

Blix legte einen 16-seitigen Bericht über den Fortgang der Inspektionen drei Tage früher als vorgesehen vor. Er wird den UN-Sicherheitsrat in den nächsten Tagen auch darüber informieren, ob und wie die Raketenzerstörung angelaufen sei. Weil das irakische Schreiben erst am Donnerstag in New York übergeben wurde, fand es nach Angaben aus Kreisen der UN-Waffeninspektoren noch nicht Eingang in den jüngsten Quartalsbericht von UN-MOVIC. Blix wird das aber in seinen zusätzlichen Erläuterungen vor dem Sicherheitsrat klarstellen.

### **Bush verspricht eigenen Palästinenserstaat**

Bush präsentierte in dieser Woche bereits seine Vorstellungen für eine politische Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Er sieht in einem Regimewechsel im Irak eine Chance für den Beginn für einer Demokratisierung der ganzen Nahost-Region. Von einem Regimewechsel im Irak würden vor allem die Palästinenser profitieren. Wenn mit dem Regime in Bagdad eine Finanzierungsquelle für den Terrorismus ausgeschaltet sei, seien die Palästinenser besser in der Lage, eine neue Führung zu wählen, die den Frieden suche, so Bush. Von Israel erwarte er dann Unterstützung für die Einrichtung eines Palästinenserstaates.

### **Saddam Hussein: Machen uns auf Krieg gefasst**

Irak bereitet sich nach den Worten von Staatschef Saddam Hussein auf einen Krieg vor. „Wir hoffen, dass dieser Angriff nicht stattfindet. Aber wir machen uns darauf gefasst, einem solchen Angriff zu begegnen“, sagte Hussein in einem Interview mit CBS. Er würde lieber sterben, als ins Exil zu gehen. Hussein wies jegliche Verbindungen zum Terrornetzwerk El Kaida zurück.

### **Intellektuelle unterstützen Bundesregierung**

Mit deutlichen Worten haben sich 19 deutsche Künstler und Intellektuelle, von Günter Grass bis Martin Walser, in einer gemeinsamen Erklärung hinter den Irak-Kurs der Bundesregierung gestellt.

### **Bündnispflichten gegenüber der Türkei erfüllt**

Die Bundesregierung sieht ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der Türkei als erfüllt an. Deutschland habe seine Solidarität bereits vor allen anderen Nationen gezeigt. Die Unterstützung erfolgt durch den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen und durch die erfolgte Lieferung von 46 Raketen des Systems „Patriot“.

## ■ FINANZEN

### MAßNAHMENKATALOG

## Stärkung des Anlegerschutzes

**Am Dienstag legten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Bundesfinanzminister Hans Eichel einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Anlegerschutzes vor. Der Katalog basiert sich auf einem 10-Punkteprogramm zur Verbesserung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes. Ziel ist mehr Transparenz auf dem Finanzmarkt zugunsten der Anleger.**

Wichtige Ansatzpunkte im Plan sind:

- ▶ Einführung einer persönlichen Haftung von Managern.
- ▶ Änderung der Klagebefugnis, damit Aktionäre nicht wie bisher bei einem zehnpromzentigen Aktienanteil, sondern bei einem Prozent Kapitalanteil oder mindestens 100.000 Euro Klage erheben können.
- ▶ Einführung eines Klagezulassungsverfahrens beim zuständigen Gericht. Ziel dabei ist die Auswahl einer Klage zur Führung eines Musterprozesses, dem andere Anleger sich anschließen können.
- ▶ Offenlegung der Vergütungen und Aktienoptionen von Vorstandsmitgliedern.
- ▶ Reform des Bilanzrechts.
- ▶ Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird bundesweit für die Aufsicht der Börsen zuständig.

### **Mehr Transparenz und Verantwortung**

„Die Ereignisse zeigen, dass wir für mehr Transparenz auf dem Kapitalmarkt, aber auch in der Unternehmensberichterstattung sorgen müssen“, sagte Zypries. Mehr Transparenz sei unerlässlich, damit die Anleger wieder Vertrauen in die Aktienmärkte entwickelten, so die Ministerin. Weil Aktien und Wertpapiere immer wichtiger für die Altersvorsorge würden, werde die Bundesregierung auf mehr Transparenz und eine effizientere Selbstregulierung hinwirken. Wichtig sei es ebenfalls, „eine Kultur persönlicher Verantwortung derer zu fördern, die in börsennotierten Gesellschaften unternehmerische Verantwortung tragen“, sagte Zypries.

### **Nachhaltige Stärkung der Leistungsfähigkeit**

Nach Einschätzung von Eichel gilt es, die Leistungsfähigkeit des Finanzmarktes nachhaltig zu stärken. Diese hänge maßgeblich vom Vertrauen der privaten und institutionellen Anleger in die Integrität, Stabilität und Transparenz des Marktes ab. „Zentraler Ansatz der heute vorgestellten Maßnahmen ist der Schutz der Anleger vor Manipulationen der Märkte und falschen Informationen über die Kapitalmarktprodukte“, unterstrich Eichel.

## IFO-GESCHÄFTSKLIMA

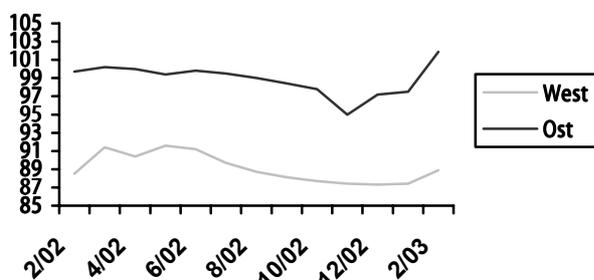
**Spürbare Besserung**

Am Dienstag legte das Münchner ifo Institut die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests vom Februar vor. Die Zahlen zeigen eine spürbare Besserung in der deutschen Wirtschaft. Der Geschäftsklimaindex für Westdeutschland ist von 87,4 Punkten im letzten Monat auf 88,9 Punkte im Februar gestiegen. Auch in Ostdeutschland zeichnet sich eine deutliche Verbesserung ab: Die Zahlen stiegen von 97,5 Punkten auf 101,9 Punkte.

„Für Deutschland insgesamt verdichten sich die Anzeichen auf eine Wende zum Besseren“, so ifo-Präsident Hans Werner Sinn. Der Geschäftsklimaindex für die alten Bundesländer hatte sich schon im Vormonat stabilisiert. Die positive Entwicklung wird laut ifo von einer günstigeren Beurteilung im Einzelhandel getrieben. Im Großhandel und im verarbeitenden Gewerbe stieg das Geschäftsklima ebenfalls an. Im Bauhauptgewerbe zeichnete sich aber nach einer Besserung im Vormonat eine leichte Korrektur nach unten ab.

ifo Geschäftsklima 2002/03

(1991=100)



Quelle: ifo Konjunkturtest

**Deutlich bessere Geschäftslage**

Auch bei der Geschäftslage ist eine deutliche Besserung zu spüren. Der ifo-Indikator für die westdeutschen Unternehmer stieg von 77,1 Punkte im Januar auf 79,5 Punkte. In den neuen Bundesländern war die Erholung noch deutlicher. Bei der Einschätzung ergab sich eine Steigerung von 114,2 Punkten auf 121,3. Dies ist der höchste Wert seit 12 Monaten. Auch die Geschäftserwartungen sind deutlich gestiegen. Für die westdeutschen Unternehmer stieg der Wert von 98,1 auf 98,4. In den neuen Bundesländern ergab sich eine Steigerung von 81,7 auf 83,7 Punkte.

## ■ SOZIALES

## GEWERKSCHAFTSRAT

**Gewerkschaften signalisieren Bereitschaft zu Gesprächen**

Deutschland müsse sich insgesamt den wirtschaftlichen Veränderungen schneller anpassen, ohne dabei die Substanz des Sozialstaates aufzugeben, betonte Bundeskanzler Gerhard Schröder nach der Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates am Montag. Im Mittelpunkt des Treffens standen die weltwirtschaftliche Lage vor dem Hintergrund eines drohenden Irakkrieges sowie notwendige Strukturreformen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften erklärten ihre Bereitschaft, an den Reformen mitzuarbeiten.

Ausdrücklich nahm Schröder die Gewerkschaften vor öffentlicher Schelte in Schutz. Der Kanzler warnte davor, sie weiter „mit untragbaren Formulierungen in die Ecke zu drängen“ und ihnen allein die schwierige wirtschaftliche Situation anzulasten. Die Kritiker legten „Hand an ein System, das Deutschland stark und nicht schwach gemacht hat“. Die Gewerkschaften seien „wichtiger Teil unserer gesellschaftlichen Ordnung“.

**Eckpunkte des Gespräches**

In vielen Punkten herrscht weitgehend Einigkeit zwischen der SPD-Spitze und den Gewerkschaften

- ▶ Die betriebliche Mitbestimmung wird nicht angetastet.
- ▶ Die Gewerkschaften stehen für eine „seriöse Bestandsaufnahme“ zur Verfügung, obwohl Regelungen im Kündigungsschutz beschäftigungshemmend wirkten.
- ▶ Die Finanzausstattung der Kommunen muss verbessert werden, damit diese investieren und den Arbeitsmarkt entlasten können.

**Müntefering: Opposition ist „kalt und herzlos“**

Scharf attackierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering die Oppositionskritik an den Gewerkschaften. „Die Herren Merz und Westerwelle wollen nichts anderes als die Gewerkschaften zerschlagen. Die agieren kalt und herzlos.“ Die Idee, das Bündnis für Arbeit auf den einzelnen Betrieb zu beschränken, „diese Ideologie der totalen Individualisierung des Arbeitsmarktes“, sei aus seiner Sicht „eine Fehlleitung“.

**Weitere Treffen**

Am 3. März werden sich die Spitzen von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden außerdem mit Gerhard Schröder im Kanzleramt treffen – zu einem Gespräch ohne Tagesordnung und ohne Tabus. Das nächste Gespräch des Gewerkschaftsrates ist für Ende März/Anfang April anberaumt.

## KÜNDIGUNGSSCHUTZ

**Grundfesten des Kündigungsschutzes stehen außer Frage**

Sowohl Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement als auch SPD-Fraktionschef Franz Müntefering haben in dieser Woche klargestellt, dass die Grundfesten des Kündigungsschutzes von der Koalition nicht in Frage gestellt werden.

Das Thema Kündigungsschutz habe zwar einen hohen Symbolwert, würde aber in seiner Wirkung auf den Arbeitsmarkt zu hoch bewertet, sagte Clement. Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit müssten „alle Hebel in Gang gesetzt werden“, nicht nur die Lockerung des Kündigungsschutzes. Es gehe nicht darum, jemandem den Kündigungsschutz zu nehmen. Vielmehr gehe es um die Frage, wie man Arbeitslose „so rasch wie möglich in einen Kündigungsschutz hineinbringen“ könne.

**Clement: Keine öffentliche Diskussion**

Clement dementierte, dass er das Thema Kündigungsschutz mit seinem politischen Schicksal verknüpft habe. Er betonte, er werde nicht weiter öffentlich über das Thema diskutieren. Die Lösungswege würden intern in den entsprechenden Gremien besprochen.

**Müntefering: Gespräche über Abfindungen**

„Der Kündigungsschutz in seinen Grundfesten bleibt bestehen“, betonte auch Müntefering. Allerdings könne man über Abfindungen im Fall von Entlassungen reden.

## REGIERUNG

**Regierungserklärung zur Lage der Nation am 14. März**

**Bundeskanzler Schröder wird am Freitag, dem 14. März, vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zur Lage der Nation abgeben.**

Nach Angaben von Regierungssprecher Béla Anda wird es in der Rede um drei große Komplexe gehen:

- ▶ Internationales
- ▶ Europa und Europapolitik
- ▶ nationale Fragen.

Der Bundeskanzler werde in dieser Rede zusammenfassen, was die Bundesregierung leiste und einen Ausblick darauf geben, was noch zu tun sei, kündigte Anda an.

**Berichte über Kabinettsumbildung frei erfunden**

Einen Zeitungsbericht, wonach der Bundeskanzler eine Umbildung des Kabinetts plane, wies Anda als freie Erfindung des Autors zurück. Gerhard Schröder sagte dazu, dies habe „mit Journalismus nun wirklich nichts mehr zu tun“, sondern sei „nur noch Krawallmacherei“.

## ■ INNERES

## MITTELSTAND

**Bürokratie abbauen – Minimalsteuer für Gründer**

**Das Bundeskabinett hat die Eckpunkte der Initiative Bürokratieabbau „Mittelstand fördern - Beschäftigung schaffen - Bürgergesellschaft stärken“ beschlossen. Mit einem 13 Punkte umfassenden Sofortprogramm soll der Bürokratie zu Leibe gerückt werden. Damit sollen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gefördert werden.**

Bestandteil des Konzepts ist auch eine Minimalbesteuerung für Existenzgründer und Kleinstunternehmen. Die Gewinnermittlung wird dadurch vereinfacht, dass die begünstigten Betriebe pauschal die Hälfte der Betriebseinnahmen als Ausgaben abziehen können. Allerdings darf die Firma im Jahr ihrer Gründung nicht mehr als 17.500 Euro und im laufenden Kalenderjahr nicht über 50.000 Euro Betriebseinnahmen haben. Im Regelfall bleibt das Einkommen der Betriebsinhaber damit steuerfrei. Auch eine Umsatzsteuerpflicht ist nicht gegeben.

**13 Projekte im Sofortprogramm gegen Bürokratie**

Das Sofortprogramm, das Bestandteil der umfassenderen Initiative Bürokratieabbau ist, beinhaltet 13 Projekte:

- ▶ Modernisierung des Lohnsteuerverfahrens
- ▶ Reform der Handwerksordnung
- ▶ Förderung von Existenzgründungen und Kleinunternehmen und
- ▶ Anhebung der Buchführungsgrenzen für Unternehmen und Standardisierung der Einnahme-Überschussrechnung
- ▶ Bereinigung des Bundesrechts
- ▶ Vereinfachung der amtlichen Statistik
- ▶ Reduzierung statistischer Belastungen der Wirtschaft
- ▶ Verschlankung des Vergaberechts
- ▶ e-commerce mit Arzneimitteln
- ▶ Elektronische Gesundheitskarte
- ▶ eGovernment-Initiative BundOnline 2005
- ▶ Reform des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst
- ▶ Meldesystem in der Sozialversicherung

**Weitere Projekte bis Juni**

Alle Bundesministerien sollen bis Anfang April über die Eckpunkte hinaus je drei weitere konkrete Vorschläge zum Abbau überflüssiger Regelungen machen. Auf dieser Basis will die Bundesregierung bis Juli ein Gesamtkonzept erarbeiten. Mit der Umsetzung des Programms, an dem fünf Ministerien beteiligt sind, ist ein Staatssekretärsausschuss betraut.

## BUNDESWEHRREFORM

**Bundeswehr neu ausrichten**

**Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat seine Pläne zur Weiterentwicklung der Bundeswehrreform vorgelegt. Alle Projekte müssen sich demnach an der Neuausrichtung der Streitkräfte auf Auslandseinsätze messen lassen.**

Für die Fortsetzung der Bundeswehrreform wird eine solide finanzielle Grundlage geschaffen. Von 2003 bis 2006 wird der Verteidigungshaushalt gleichbleibend über 24,4 Mrd. Euro verfügen. Da gleichzeitig die Ansätze für die Betriebsausgaben rückläufig sind, wird Freiraum für Investitionen geschaffen. Die Investitionsquote von derzeit 24,7% soll bis 2006 auf 27% steigen.

**Gezielte Investitionen**

Investiert werden sollen folgende Projekte:

- ▶ Eurofighter 2000
- ▶ Informationstechnologie-Projekt Herkules
- ▶ Beschaffung eines gepanzerten Transportfahrzeugs
- ▶ Ausstattung von Elitesoldaten
- ▶ Entwicklung eines taktischen Luftverteidigungssystems
- ▶ verbesserte Raketen für das Luftabwehrsystem Patriot
- ▶ unbemannte Aufklärungsflieger.

**Nicht mehr benötigtes Gerät wird ausgemustert**

Nicht mehr benötigte Geräte und Fähigkeiten werden ausgemustert, zusammengefasst oder reduziert. Dies betrifft

- ▶ zwei Geschwaderäquivalente mit 80 bis 90 Kampfflugzeugen vom Typ Tornado,
- ▶ die Flugabwehrraketenverbände Hawk und Roland,
- ▶ die Anschaffung von 30 Unterstützungshubschraubern Tiger,
- ▶ zehn Schnellboote der Klasse 143.

**Neue verteidigungspolitische Richtlinien**

Im Frühjahr will Struck neue verteidigungspolitische Richtlinien erlassen. Der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr werde auf absehbare Zeit im multinationalen Einsatz und jenseits der deutschen Grenzen liegen, sagte der Minister. Seit Jahren bewege sich die Einsatzrealität der Bundeswehr im Bereich der internationalen Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung.

**Wehrpflicht ohne Alternative**

Struck hob hervor, dass die Wehrpflicht „in angepasster Form für Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr ohne Alternative“ sei.

Der derzeitige Personalumfang der Bundeswehr von 285.000 Soldatinnen und Soldaten bleibe bestehen.

## FOLTER

**Keine Relativierung des Folterverbots**

**Die SPD lehnt eine Lockerung des Folterverbots strikt ab. Die Vorschläge von Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm zu einer Änderung des Verbots lösten Empörung aus und stießen auch in den eigenen Reihen auf Widerstand.**

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Hacker, erklärte am Dienstag zur anhaltenden Diskussion, dass das Folterverbot strikt eingehalten werden müsse. „Forderungen in Richtung einer Relativierung des Folterverbots sind abwegig.“

**Heftige Kritik für Schönbohm**

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) löste mit seinem Vorschlag, das Folterverbot für Terrorverdächtige zu lockern, heftigen Widerspruch aus. Die SPD wirft dem CDU-Mann Populismus vor. Die Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Cornelia Sonntag-Wolgast, zeigte sich entsetzt über die Infragestellung des absoluten Folterverbots. Das Folterverbot stehe an oberster Stelle und könne nicht durch andere Prinzipien überlagert werden, sagte die Politikerin. Sie fügte hinzu, dass die internationalen verbrieften Menschenrechte auch für Terroristen gelten müssten. Auch die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries betonte, dass sie das Gesetz nie in Frage gestellt habe.

**Eine rein persönliche Meinung**

Selbst seine eigene Partei distanziert sich von Schönbohms Vorschlag und nennt seinen Vorstoß eine rein persönliche Meinung. Der Bundesgeneral a.D. selbst stellt sich vorerst nicht mehr der Öffentlichkeit. Lediglich sein Sprecher betonte, der Minister habe in seinen Äußerungen zur Folter „nur einen Denkanstoß“ geben wollen.

**Schönbohm ein Sicherheitsrisiko**

Der Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz geht sogar noch weiter und betitelt Schönbohm als ein Sicherheitsrisiko: "Mit solchen Äußerungen zeigt sich, dass ein Mann wie Schönbohm ein Sicherheitsrisiko darstellt." Ferner fügt er hinzu, dass sich Schönbohm damit als Innenminister disqualifiziere.

**Ursache der Folterdebatte**

Angeregt wurde die Debatte durch eine kürzlich bekannt gewordene Notiz aus dem Frankfurter Polizeipräsidium. In dem Vermerk vom Oktober 2002 forderte der stellvertretende Polizeichef seine Beamten zumindest zur Androhung von Folter auf. Damals verhörten die Fahnder den Jurastudenten Magnus G., um von ihm den Aufenthaltsort des von ihm entführten Bankierssohns Jakob von Metzler zu erfahren. Er gestand jedoch schon nach der Androhung von Schmerzen.

## GESETZENTWURF

## Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zum Vertrag mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland beschlossen. Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Präsident des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, unterzeichneten schon am 27. Januar den zu Grunde liegenden Staatsvertrag. Das Gesetz ist die rechtliche Voraussetzung für die im Vertrag vereinbarten Leistungen. Der Gesetzentwurf wird jetzt dem Bundestag zugeleitet.

Der Vertrag sieht eine Verdreifachung der bisherigen Fördermittel auf 3 Mio. Euro vor. In den letzten Jahren haben die Aufgaben des Zentralrates der Juden erheblich zugenommen. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland entwickelt sich schnell und ist insbesondere durch die Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion angewachsen. Mit dem Vertrag würdigt die Bundesregierung die Arbeit des Zentralrates und unterstützt seine überregionalen, sozialen, kulturellen und integrationspolitischen Aufgaben.

## BILDUNG

## BILDUNGSPLANUNG

### Fruchtlose Kleinstaaterei

Der bayrische Wissenschaftsminister Hans Zehetmair kündigte am Dienstag an, dass sich die unionsgeführten Länder aus der Bildungsplanung von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe zurückziehen.

Der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Tauss, erklärte, dass sich die unionsgeführten Länder damit einen „bildungspolitischen Offenbarungseid“ leisten. „Als hätte es PISA nie gegeben, fallen die Unionsländer unter Führung des bayerischen Wissenschaftsministers Hans Zehetmair zurück in fruchtlose Kleinstaaterei.“ Aber um das Bildungssystem zukunftsfähig zu machen, bedürfe es einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern, fügte Tauss hinzu.

#### Reflexartige Verweigerungstaktik

Auch der SPD-Generalsekretär Olaf Scholz warf der Union vor, die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen. Nationale Bildungsstandards seien eine Voraussetzung für ein grundlegend reformiertes Bildungssystem. Die Union werfe sich in völliger Verkennung der bildungspolitischen Notwendigkeit in alte Grabenkämpfe zurück und berufe sich stur auf Zuständigkeiten, so Scholz. Sie habe „außer reflexartiger Verweigerungstaktik“ nichts zu bieten.

## GESUNDHEIT

## GESUNDHEITSREFORM

### Sachverständige: Solidarprinzip im Gesundheitssystem bleibt

Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung auf den bewährten Grundlagen des Solidarsystems ist möglich und erscheint sinnvoll. Das hat der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen in einem Gutachten festgestellt. Bundessozialministerin Ulla Schmidt begrüßte „zahlreiche Übereinstimmungen“ zwischen den Vorstellungen der Experten und den Reformvorhaben der Bundesregierung.

Der unabhängige Sachverständigenrat hat Umfinanzierungs- sowie Einsparmaßnahmen in einem Volumen von bis zu 40 Mrd. Euro vorgeschlagen. Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung könnte damit um bis zu vier Prozentpunkte gesenkt werden. Die Experten nennen fünf Reformelemente:

- ▶ die Finanzierung krankensicherungs-fremder Leistungen durch Steuern
- ▶ eine Revision der Politik der „Verschiebebahnhöfe“
- ▶ eine Einengung des Leistungskatalogs
- ▶ eine moderate Ausweitung der Selbstbeteiligung
- ▶ eine Änderung von Elementen der Beitragsgestaltung

#### Konkrete Einsparvorschläge der Sachverständigen

Unter anderem plädiert der Sachverständigenrat dafür, dass versicherungsfremde Leistungen wie Sterbegeld, Mutterschaftsgeld und Krankengeld bei Krankheit eines Kindes nicht mehr über Krankenkassenbeiträge, sondern über Steuern finanziert werden. Zur Absicherung des privaten Unfallrisikos solle eine private Unfallversicherung eingeführt werden. Die Selbstbeteiligung bei Zahnersatz und Arzneimitteln sei neu zu regeln und moderat anzuhähen. Zudem solle eine Praxiseintrittsgebühr erhoben werden. Die Beitragsbemessungsgrundlage solle verbreitert werden: Krankenkassenbeiträge sollten in Zukunft nicht mehr nur auf Arbeitseinkommen und Renten, sondern auch auf Zins- und Mieteinnahmen gezahlt werden. Bei der beitragsfreien Familienversicherung wird für Ehepartner ein Splitting des gemeinsamen Einkommens mit der Anwendung des hälftigen Beitragssatzes auf die beiden Einkommensteile vorgeschlagen.

#### Schmidt: Vorschläge werden geprüft

Welche der Vorschläge des Sachverständigenrates geeignet und politisch durchsetzbar seien, müsse im weiteren Diskussionsprozess geprüft werden, erklärte Schmidt. Sie bekräftigte, dass Kinder und ältere Ehepartner auch in Zukunft beitragsfrei versichert blieben.

Schmidts Gesetzentwurf soll bis Anfang Mai vorliegen.

## ■ VERKEHR

## MAUTGEBÜHREN

**Lkw-Maut kommt**

Am Mittwoch hat das Kabinett die Einführung einer Lkw-Maut beschlossen. Demnach sollen schwere Lastkraftwagen nun konkret festgelegte Mautsätze bei der Benutzung von Bundesautobahnen zahlen. Damit wird die derzeitige zeitbezogene Gebührenerhebung für Lkw ab Sonntag, den 31. August 2003, 0.00 Uhr, abgelöst.

"Die Lkw-Maut ist ein technologischer Quantensprung in der Verkehrspolitik und die zwingende Antwort auf die wachsende Mobilität", sagte Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe bei der Vorstellung der Mauthöhenverordnung. Die Schwerlastabgabe stelle die Weichen für Innovationen, neue Technologien und wirtschaftliche Dynamik.

**Kernpunkte des neuen Mautsystems**

- ▶ Neue Anreize für den Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge fördern die umweltgerechte Mobilität.
- ▶ Alle Transporte werden unabhängig der Nationalität erfasst. Dadurch entsteht ein wettbewerbsneutrales und diskriminierungsfreies System. Ausländische Nutzer deutscher Autobahnen werden somit mit einem spürbaren und gerechteren Wegekostenbeitrag herangezogen.
- ▶ Durch die Einnahmen kann die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähiger ausgebaut werden.
- ▶ Der Verkehr kann durch die Einführung der Mautsätze intelligenter gesteuert werden.

**Harmonisierungssystem**

Das neue Mautsystem soll, laut Stolpe, durch ein zentrales Harmonisierungssystem ergänzt werden. Durch dieses kann die Mautgebühr gegen einen Nachweis von in Deutschland gezahlter Mineralölsteuer ermäßigt werden. Allerdings wird das Konzept noch durch die Europäische Kommission geprüft.

**Mautsätze**

Die Höhe der Maut im Einzelnen hängt ab von der Achszahl und der Schadstoffemission des schweren Nutzfahrzeuges, für das sie erhoben wird: Für kleine, umweltfreundliche Lkw liegt der Kilometerpreis unter 15 Cent, für größere Fahrzeuge mit vier und mehr Achsen sowie höheren Schadstoffemissionen wird er über dem Durchschnitt liegen: Die Bandbreite der Mautsätze liegt insgesamt zwischen 10 und 17 Cent pro Kilometer.

▶▶ [Die vom Kabinett verabschiedete Fassung](#)

## ■ BUNDESTAG

## EU-AGRARREFORM

**Perspektive für Landwirte und Verbraucher**

Der Bundestag debattierte am Freitag, den 21. Februar, die Vorschläge der EU-Kommission zu einer Reform der Agrarpolitik. Die Regierung begrüßt die Vorschläge, sieht aber noch offene Fragen. Mit der Reform wünscht die Kommission, Perspektiven für die Landwirte und Verbraucher zu schaffen, die den von den Staats- und Regierungschefs im Oktober 2002 beschlossenen Finanzrahmen für Agrarausgaben bis 2013 entsprechen.

„Wir alle in diesem Haus wissen: Wir müssen weg von einer Produktionssubventionierung und wir müssen die Gelder noch stärker in die Stützung der ländlichen Räume und in Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen umlenken“, sagte Waltraud Wolf, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Es gebe aber noch Fragen, die beantwortet werden müssten, so Wolf. Die Kommission solle ergänzende Analysen vorlegen, damit die Länder die Auswirkungen der Reform noch besser einschätzen könnten. Zur Strategie der Bundesregierung betonte Wolf, dass die Entkoppelung der Prämienzahlungen von der Produktion schrittweise erfolgen solle und in Richtung einer regional einheitlichen Flächenprämie gehen. Außerdem müssten die in der EU geltenden Vorschriften in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz sowie Lebensmittel- und Betriebssicherheit besser durchgesetzt werden, so Wolf.

**Vorschläge der EU-Kommission**

Die EU-Kommission legte am 22. Januar 2003 ihre Vorschläge zur Agrarreform vor. Die Kommission schlägt vor,

- ▶ die Verbindung zwischen Produktion und Direktzahlungen zu kappen (Entkopplung);
- ▶ die Zahlungen von der Einhaltung von Umwelt-, Lebensmittelsicherheits-, Tierschutz, Gesundheits-, und Beschäftigungssicherheitsstandards abhängig zu machen;
- ▶ die EU-Förderung der ländlichen Entwicklung durch Modulation der Direktzahlungen (ausgenommen Kleinlandwirte) zu steigern;
- ▶ ein neues Betriebsberatungssystem einzuführen;
- ▶ neue Maßnahmen für die ländliche Entwicklung mit dem Ziel zu erlassen, Qualitätserzeugung, Lebensmittelsicherheit und Tierschutz zu fördern und die Finanzierung des Betriebsberatungssystem zu sichern;
- ▶ die Marktpolitik der GAP, auch in Bezug auf Kulturpflanzen, Milch und Reis zu überarbeiten.

**■ FRAKTION**

**KONFERENZ**

**Verhalten der CDU: destruktiv und unverantwortlich**

Vom 26. bis 28. Februar trafen sich die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Konferenz in Halle/Saale. Die Tagesordnung umfasste aktuelle politische Themen wie Familienpolitik, die Zukunft des Föderalismus, Verkehrspolitik und die anstehende Gemeindefinanzreform.

Im Mittelpunkt standen das Steuervergünstigungsabbaugesetz und die finanzpolitische Verweigerungstaktik der CDU/CSU. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering, bezeichnete das Verhalten der CDU/CSU als destruktiv und unverantwortlich. Mit ihrem Verhalten gefährde die Opposition die Zukunftsfähigkeit des Landes.

**Verweigerungstaktik der CDU/CSU**

Der SPD-Fraktionschef erklärte, dass „die Kommunen dringende investive Aufgaben haben, die sie wegen ihrer Finanzlage zurzeit nicht im nötigen Umfang erfüllen können.“ Es gehe um die Sicherung von infrastruktureller Substanz und um die Festigung von Arbeitsplätzen, vor allem bei regional ansässigen Unternehmen, erläuterte Müntefering. Mit der Verweigerung des Steuervergünstigungsabbaugesetzes der CDU/CSU werde den Kommunen allein 8 Mio. Euro bis 2006 vorenthalten. „Sie opfern die Interessen der Kommunen und der Arbeitslosen ihren parteipolitischen Überlegungen“, so Müntefering abschließend.

**Scharfe Kritik an CDU**

Am Rande der Konferenz kritisierte Müntefering des weiteren das Solidaritätsschreiben von Abgeordneten der CDU aus Brandenburg und Berlin an US-Präsident George W. Bush. „Diese Liebedienerei, dieser Bückling ist eh nur peinlich“, sagte er am Donnerstag in Halle. Das Schreiben zur Irak-Krise sei eine „devote Botschaft“ in Richtung Amerika. „Diese Art der Petze, des Klassenstrebentums“ sei höchst unangenehm. Müntefering bekräftigte nochmals die Haltung der Bundesregierung bei der Lösung des Irak-Konfliktes.

**■ TERMINE**

**NÄCHSTE WOCHE**

**Montag, 3. März 2003**

- Berlin 11.30 RegierunGS-PK
- 13.00 PK
- 18.00 Podiumsdiskussion „Unsere Zukunft in Europa - Erwartungen, Wünsche, Befürchtungen zur erweiterten EU“

**Dienstag, 4. März 2003**

- Berlin 11.00 INRA Deutschland: Umfrageergebnisse „Eurobarometer EB 58.1\*“

**Mittwoch, 5. März 2003**

- Berlin 09.30 Kabinett
- 11.00 PK KfW Ergebnisse der Unternehmensbefragung „Unternehmensfinanzierung. Wachsende Probleme im Mittelstand“
- 13.30 RegierunGS-PK
- Bonn 11.00 PK zum Welt-Wasser-Bericht 2003 der UNO
- Friedrichshafen 11.30 Politischer Aschermittwoch mit SPD-Fraktionsvorsitzenden Müntefering
- Schwer 18.00 Politischer Aschermittwoch mit BK Schröder und MP Steinbrück

**Donnerstag, 6. März 2003**

- Berlin 12.00 Expertengespräch „Luftverkehr von morgen – Visionen 2020“
- München 11.00 PK „Zukunft der IT-Sicherheit in Deutschland“
- Nürnberg Bundesanstalt für Arbeit zu Arbeitsmarktdaten im Februar
- Bremen Dt.-Italien. Regierungskonsultationen mit BK Schröder und Italien. MP Berlusconi

**Freitag, 7. März 2003**

- Berlin 11.30 RegierunGS-PK
- 13.30 PK „Gestaltung der Zukunft – Mädchen und Frauen im Spannungsfeld v. eigener Lebensplanung und Rollenerwartung d. Gesellschaft“ mit BM Schmidt

**Samstag, 8. März 2003**

- Internationaler Frauentag
- Berlin 18.00 AG Sozialdemokratischer Frauen der SPD „Lange Nacht der Frauen“